

„Einsatz nicht weich zeichnen“

SPD-Verteidigungsexperte Arnold zu Afghanistan und der optimalen Behandlung traumatisierter Soldaten

Leipzig/Berlin. Der verteidigungspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Rainer Arnold, fordert mehr Engagement beim zivilen Aufbau in Afghanistan und eine bessere Koordinierung. Zugleich kündigt er eine Initiative der großen Koalition zur besseren Behandlung traumatisierter Soldaten an.

Frage: Die 13. Panzergrenadierdivision mit Sitz in Leipzig, die über 11 000 Soldaten in ganz Ostdeutschland umfasst, stellt ab 2009 für ein ganzes Jahr die Heeresverbände für alle Auslandseinsätze. Viele Soldaten gehen nach Afghanistan, wo sich die Sicherheitslage verschlechtert hat. Ist es politisch noch verantwortbar, in dieser Situation Bundeswehrsoldaten an den Hindukusch zu schicken?

Rainer Arnold: Es ist deshalb verantwortbar, weil es auch um unsere Sicherheitsinteressen geht. Wir dürfen erstens nicht zulassen, dass dieses Land wieder Rückzugsraum für den internationalen Terrorismus wird. Zweitens hängt von der Stabilität Afghanistans die gesamte regionale Stabilität ab, auch in so schwierigen Ländern wie Pakistan.

Aber es ist doch nicht gelungen, die Lage zu stabilisieren. Erst am Heiligabend gab es zwei Angriffe auf die Bundeswehr in Kundus.

Da muss man genauer hinschauen. Dabei ist festzustellen, dass 90 Prozent der Distrikte relativ stabil sind. In zehn Prozent der Gebiete gibt es aber erhebliche Probleme. Dazu gehört der Bereich in und um Kundus. Dort hat sich die Situation deutlich verschlechtert.

Stimmt dann die Strategie noch?

Wir brauchen keine neue. Denn wir haben eine Strategie, die den zivilen Aufbau mit militärischer und polizeilicher Stabilität verbindet. Allerdings muss diese von allen Partnern entschlossener umgesetzt werden als in der Vergangenheit.

Wer sollte mehr leisten?

Da sollte man nicht mit den Fingern auf andere zeigen. Das gilt für alle 40 Partner, die dort militärisch engagiert sind und alle 85, die im zivilen Bereich arbeiten. Aber auch die Afghanen müssen mehr tun für eine verantwortungsbewusste Regierung und für ein energisches Vorgehen gegen Korruption. Die Staatengemeinschaft muss sich stärker engagieren bei der Ausbildung

afghanischer Soldaten, Polizisten und dem Aufbau des Justizwesens.

Die deutsche Bevölkerung blickt sehr skeptisch auf den Afghanistan-Einsatz. Für die Soldaten ist das nicht gerade eine Rückenstärkung. Sind die Bedenken der Bürger berechtigt?

Mein Eindruck aus vielen Gesprächen ist: Wenn man die Gelegenheit hat, mit den Menschen ausführlich über den Einsatz zu diskutieren, findet man dafür auch Zustimmung. Es sind die genannten politischen Gründe, die dafür sprechen, und unsere moralische Verpflichtung, den Afghanen zu helfen, ihr Land aufzubauen.

Die USA stocken ihr Militärkontingent in Afghanistan gewaltig auf. Wird das helfen? Und was hat das für Konsequenzen für die Verbündeten?

Das wird helfen, weil wir mehr Sicherheitspersonal in Afghanistan brauchen, um auch Stabilität in entlegene Gegenden zu bringen. Sowohl die US-Generalität als auch Barack Obama haben deutlich gesagt, dass Afghanistan nicht nur ein militärisches Problem ist, sondern es auch darum geht, den zivilen Aufbau voranzubringen. Das ist ein wichtiger Schritt. Auch wir müssen im zivilen Bereich mehr leisten. Das hat aber nur Sinn, wenn die Räderwerke wirklich besser ineinander laufen.

Was meinen Sie damit?

Zum Beispiel bauen die Deutschen eine Hebammenschule, etwas ganz Wichtiges in diesem Land mit schlechter medizinischer Versorgung. Aber dann schraubt gleichzeitig das Bildungsministerium in Kabul die Hürde für Schülerinnen so hoch, dass kaum jemand die Aufnahmekriterien erfüllt.

Was sagen Sie den Angehörigen, deren Söhne, Töchter, Brüder und Ehemänner von der 13. Panzergrenadierdivision demnächst nach Afghanistan gehen?

Zunächst bin ich froh, dass die Bundeswehr jetzt die Struktur geschaffen hat, dass eine Division komplett für ein Jahr die Einsätze beschickt. Dadurch

sind die Teams nicht mehr so bunt zusammengewürfelt wie in der Vergangenheit. Den Angehörigen der Soldaten sage ich, dass die Politik alles tut, was zu ihrer Sicherheit und ihrem Schutz notwendig ist. Der Bundestag steht hinter den Soldaten. Aber dieser Einsatz darf auch nicht weich gezeichnet werden. Er ist vor allem für die Soldaten, die außerhalb des Camps Dienst tun, lebensgefährlich. Wir hoffen, dass alle gesund zurückkommen. Und wir wollen auch mehr tun für Soldaten, die mit posttraumatischen Störungen heimkehren.

Und was genau?

Die Koalitionsfraktionen haben einen Antrag formuliert, um ein Zentrum einzurichten für Soldaten, die mit schweren posttraumatischen Störungen zurückkehren. Darüber wollen wir im Januar im Bundestag debattieren. Es gibt heute schon gute Behandlungsmöglichkeiten, aber wir wollen das Ganze bündeln für eine optimale Versorgung. Dabei ist es auch eine Frage der Sensibilität der Führungsverantwortlichen, solche Traumata zu erkennen und damit umzugehen. Ich bin auch dafür, dass die Soldaten, die Schreckliches erlebt haben, nicht gleich vom Ausland nach Hause geflogen werden, sondern erst einmal einige Tage zusammen mit ihren Kameraden in einem geeigneten Hotel zur Ruhe kommen und die Ereignisse miteinander besprechen und verarbeiten. Dann erkennt man auch besser psychische Störungen.

Interview: Anita Kecke